

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Wochentage nachmittags. Der monatliche Bezugspreis nach unten beträgt 4 Mark 50 Pfennige. Der vierteljährliche Preis nach unten beträgt 12 Mark 50 Pfennige. Der halbjährliche Preis nach unten beträgt 24 Mark 50 Pfennige. Der jährliche Preis nach unten beträgt 48 Mark 50 Pfennige. Der Preis für den Auslandsendung beträgt 50 Pfennige. Der Preis für den Auslandsendung beträgt 50 Pfennige. Der Preis für den Auslandsendung beträgt 50 Pfennige.

Neues in Kürze.

Bestimmungen und Wahltelegramme.
Am Montag ist mit 78 Jahrgangseinstellungen und Anträgen auf Gehaltsaufschlag in Großberlin ein neuer Reform im Wirtschaftsamt durchgeführt worden. Die Berliner Metallindustrie hat mit einem weiteren Absau ihrer Arbeitskräfte begonnen. Auch der Rheinhandel ist zu größeren Reibungen in der laufenden Woche übergegangen.

Die Zahl der Erwerbslosen in Großbritannien betrug am 18. Januar 1215 900. Dies bedeutet einen Rückgang um 5500 gegenüber der Vorwoche und um 18 833 gegenüber der entsprechenden Zeit des vorigen Jahres.

Vom 1. bis 15. Januar ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenerhebung von 1 497 516 auf 1 782 305 gestiegen. Die Steigerung beträgt 17,7 Proz. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in der zweiten Hälfte des Dezember betrug 435 000 oder 40 Proz.

Der Verwaltungsrat der Reichspost beschließt, mit einer auf parlamentarischen Kreisen hin, trotz der vom Ministerium als gepannt erklärten Finanzlage für den Etat 1926 mehrere hundert Beförderungstellen zu schaffen. Bekanntlich fehlt der Reichspost seit 1926 für die anderen Reichsbehörden auf Grund eines Abminderungsbeschlusses der Reichspoststellen.

Dienstag früh war der russische Botschafter im Auswärtigen Amt. Die „Rote Fahne“ kann mitteilen, daß er die Ablehnung der deutschen Anträge nach Hottelung der deutschen Konsuln durch die Sowjetbehörden offiziell zur Kenntnis gebracht hat.

Auf der Deutschen Volkshaus in Wollington fand ein musikalischer Empfang statt, zu dem sich ungefähr 200 Personen erhoben waren, die den deutschen Darbietungen des Stabs der Metropolitan Opera. Fr. Weisberg und den Klavierkonzerten zur Herzlichen Teilnahme spendeten. Unter den Gästen bemerkte man zahlreiche Senatoren und Abgeordnete, Vertreter der Regierung und des diplomatischen Korps mit ihren Damen.

Aus London wird bekanntlich gemeldet: In den Besprechungen, die Chamberlain in den nächsten zwei Tagen mit Briand haben wird, werden vornehmlich Fragen zur Erörterung kommen: die Entlassung Deutschlands, die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund, die Besetzung des Rheinlandes und das Datum des Zusammentritts der vorbereitenden Konferenz für die Entlassung.

Der Maldiven „Corriere della Sera“ meldet: Die zionistische Regierung hat dem Präsidenten des Trentino (Südtirol) besondere Wohlwollen zur Ausstellung von Ausländern gegeben, die sich durch ihre antizionistische Haltung und Haltung nichtig machen. Dasselbe Blatt meldet, daß die Volkshaus in der Provinz sich im Besitz der ausländischen Polizeibehörden nur noch der italienischen Sprache bedienen dürfen.

In Rom wurde gestern eine kommunalistische Versammlung abgehalten, die die Demissionen abhielt. 14 Personen waren versammelt.

Das griechische Direktorium hat die Nachprüfung der Vermögensverhältnisse von 39 Abgeordneten des früheren Parlaments angeordnet, weil sie innerhalb der wenigen Jahre parlamentarischer Tätigkeit aus früherer Vermögenslosigkeit zu großem Reichtum gelangt sind. Dasselbe Nachprüfungsverfahren hat gegenüber den republikanischen Ministern einzuleiten; hierüber will das Direktorium noch weiteren Beschluß fassen.

In der Türkei ist ein neuer Aufstand ausgebrochen. Die Brücke von Banaui ist zerstört worden. 250 türkische Soldaten sollen bei den Kämpfen in der Gegend von Wilis verwundet und ins Spital ins Meer gebracht worden sein. Schließlich ist der Aufstand auch diesmal wieder, genau wie der vorherige von England angezettelt worden.

Die Kommunistenverhaftungen in Serbien, die jetzt auch in das Belgradische Offizierskorps übergriffen, erzeugen großes Aufsehen. Auch in Belgien sind mehr als 30 Offiziere verhaftet worden. Die stark angewachsene Kommunistenbewegung in Jugoslawien hat auch einen beträchtlichen Teil der Armee gewonnen. Es wurden mehrere Offiziersgarnisonen im Bereich erbeutet, welche unter den Mannschaften eine lebhaft politische Tätigkeit entfalten.

Bei der ersten Abstimmung über die amerikanischen Vorbehalte für den Beitritt zum Weltvertrag wurden in amerikanischen Senat 16 Stimmen gegen den ersten Vorbehalt abgegeben, der besagt, daß die Vereinigten Staaten mit dem Vertrag keinerlei rechtliche Bindungen gegenüber dem Völkerbund annehmen. Damit verliert der Vertrag seine entscheidende Bedeutung. Amerika bleibt wie bisher ein „Beobachter“.

Absichten und Aussichten Dr. Luthers.

Die Regierungserklärung.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages erklärte Reichspräsident Dr. Luthers a. a. Die Regierung hat die Reichstagsrede der Reichsregierung ist gemäß dem Auftrage des Herrn Reichspräsidenten gehalten worden. Schon am 19. Januar 1925, als ich dem Hohen Hause eine Reichsregierung vorstellte, habe ich um die Mithilfe auch der außerhalb der Regierung stehenden Parteien nachgedacht, die in staats- und volkswirtschaftlich praktischer Mitarbeit leisten wollen. Die Regierung, die ich heute dem Hohen Hause vorzustellen berufen bin, ist als Ministerkabinet auf die Mithilfe nicht nur der Regierung gebührender Parteien grundsätzlich angewiesen.

In der Außenpolitik

Ist der Weg, den die Reichsregierung zu gehen hat, durch den am 1. Dezember 1925 in London abgeschlossenen Vertrag von Locarno und durch die allgemeinen Richtlinien, die ich in meiner Reichstagsrede vom 23. November 1925 ausgesprochen habe, bestimmt. Die wichtigste Aufgabe der Reichsregierung wird der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund betreffen. Meinereits möchte ich heute nur auf eine Frage hinweisen, die zurzeit im Mittelpunkt der Erörterung steht, das ist die Frage der Besatzungslage in der 2. und 3. Zone. Größter hat die dem Hohen Hause bekannte Note der Völkerbundkonferenz vom 14. November 1925 vorgelesen, die eine fühlbare Ermäßigung der Truppenstärke eintritt, und zwar so, daß

die künftige Besatzungslage

sich den Normalverhältnissen nähert. Dem entsprechen die Schritte der Deutschen Regierung in dieser Frage.

Was die Innenpolitik betrifft,

zu verweise ich wegen der grundsätzlichen Stellungnahme der Reichsregierung zu den Fragen der Versammlung und der Beziehungen zwischen Reich und Ländern auf die Erklärung, die ich am 19. Januar 1925 in diesem Hause abgegeben habe. Auf diese Erklärung beziehe ich mich auch wegen der grundsätzlichen Regierungseinstellung zu Beamtenfragen und der Stellungnahme zu den Fragen unterer auf städtischer Grundlage beruhende Kultur.

Auf dem Gebiet der Schulpolitik wird die Reichsregierung die Lösung anzustreben unter Wahrung der in der Verfassung gewährleisteten Gewissensfreiheit und unter Berücksichtigung der Elternrechte. Die Reichsregierung geht eine Verbesserung unserer Wahlgesetzgebung ernsthaft in Angriff zu nehmen. Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit früheren regierenden herrschaftlichen Familien behalt er möglichst baldigen reichsgesetzlichen Regelung; wobei die Reichsregierung dem deutschen Volke die Ursache eines Volkenschiedes ersparen möchte.

Die gesamte Regierungs- und Verwaltungstätigkeit, gleichgültig, ob es sich um die Weiterverfolgung der allgemeinen Reformarbeiten, um große gesetzgeberische oder sonstige Pläne oder um die laufende Arbeit handelt, muß dem Grundsatze beherzigt sein, daß die öffentlichen Ausgaben auf ein Mindestmaß herabzusetzen sind. Der feste Wille zu solcher

grundsätzlichen Sparmaßnahme, der seine Wurzel im tiefsten patriotischen Verantwortungsbewußtsein findet, muß sich, wenn mit einem Ausweg aus der Schranke der Gegenwart finden sollen, nicht nur in der Verwaltung des Reichs, sondern in gleicher Stärke auch bei den Ländern und Gemeinden auswirken.

In den folgenden Ausführungen tritt die Regierungserklärung ein für die Verwirklichung einer mäßiger, besserer, Bereitstellung öffentlicher Gelder für die Wirtschaft, Steigerung im Osten, Bekämpfung der Bauwirtschaft, Unterbrechung der Landwirtschaft, Förderung der Handelsverkehrsverbindungen, Kreislauf.

In der Sozialpolitik

wird ein Arbeitsbeschäftigungsgesetz, das die Bestimmungen über Arbeiterlohn nebst dazu zusammenfassend und die Arbeitszeit neu regeln wird. Die Annahme des Washingtoner Abkommens wird von gleichzeitiger Annahme durch England, Frankreich, Belgien (nicht Italien und Amerika) abhängig gemacht. Ferner wird die durch die soziale Gesetzgebung der Erwerbslosenversicherung ausgelöst und mögliche Hilfe. Die wirtschaftswissenschaftlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleiben aber immer festsitzend, die der deutschen Wirtschaft den Anteil zu innerlich gelebter Arbeit geben.

Der Reichstag zur Regierungserklärung.

Als Dr. Luthers vor unterer auf städtischer Grundlage beruhende Kultur sprach, und als er eine Verbesserung der Wahlgesetzgebung ankündigte, kam es zu lärmigen Anhebungen der

Kommunisten, die der Abgeordneten Hölle, Böhmern und Kibel Ordnungsrufe einbrachten. Die Anführung, daß am 1. April 1927 den Ländern und Gemeinden das Zugangsrecht zur Einkommensteuer gegeben werden sollte, wurde bei den Abgeordneten der Linken mit Protestrufen aufgenommen. In die Besanorfe, mit denen die Rede von den Abgeordneten der Mitte aufgenommen wurde, mischte sich Lärm und Pfiffrufen von den Rändern der Kommunisten und Völkischen.

Die Aussprache über die Regierungserklärung soll nach einem Vorschlag des Ältestenrats erst am Mittwoch um 1 Uhr beginnen. — Bei der Festlegung der Tagesordnung für die Mittwochssitzung kam es zu einer Abstimmung, die von den Gegnern des Reichstages Luthers als die

erste Niederlage der neuen Regierung

bezeichnet wird. Am Vortage hatte die Regierung ausdrücklich den Wunsch geäußert, daß die Besprechung ihrer Erklärung nicht mit Anträgen der Parteien verknüpft werden möge. Der deutsch-nationale Abg. Schulz-Bombach beantragte dagegen, daß die Aussprache in der Mittwochssitzung sich auf den deutsch-nationalen Antrag erstrecken möge. Der deutsch-nationale Eintritt in den Völkerbund vor der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig machen will. Dieser Gesellschaftsordnungsantrag der Deutschnationalen wurde mit der geflohenen Mehrheit der nicht in der Regierung vertretenen Parteien von rechts und links angenommen, während die Abgeordneten der Mitte und damit auch die Regierung in der Minorität blieben.

Mittrauensvoten.

Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion verhandelt in ihrer seit über 5 Stunden hin- und hergehenden Lage über die Frage, wie sie durch die Regierungserklärung geteilt ist. Die Fraktion beschloß, morgen ab Mittwoch im Reichstag ein Mittrauensvotum gegen die zurzeit sich präzisierende Reichsregierung einzubringen.

Die völkische Reichstagsfraktion

hat folgendes Mittrauensvotum eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags. — Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages: „Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann, besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags.“

Die kommunistische Reichstagsfraktion

hat einen Mittrauensantrag mit folgendem Wortlaut vorgelegt: „Die Regierung Luthers-Stresemann besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags.“

Ein Regierungsprogramm der Völkischen.

Die völkische Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, den sie mit der Besetzung der Reichsregierung verbinden lassen will. Der Antrag soll mit Rücksicht auf die katastrophale Wirtschaftslage und die wachsende Not des deutschen Volkes alsbald

die Besetzung aus dem Dampfenplan

eingestellt und die hierfür bestimmten Summen zur Verringerung der Not und der Arbeitslosigkeit im deutschen Volke verwendet werden. Mit Rücksicht auf das Ausbleiben der in Aussicht gestellten sog. Rückwürfen, heißt es in dem Antrage weiter, die aus dem Locarnoertrage zu erwarten waren, soll von der Ermächtigung zum Eintritt in den Völkerbund kein Gebrauch gemacht werden.

Die Haltung der übrigen Parteien.

Im Laufe des Nachmittags traten die Führer der Regierungsparteien zu einer Besprechung zusammen und verständigten sich über die Formulierung der gemeinsamen Erklärung, die die drei Parteien am Mittwoch durch den Abgeordneten Heßbach (Zentrum) abgeben werden.

Die demokratischen Blätter melden, haben die Sozialdemokraten gestern noch keinen Beschluß darüber gefaßt, wie sie sich zu dem gegen die Reichsregierung eingebrachten Mittrauensvotum stellen werden. Bei der Abstimmung über die Noten kam man zummindest mit einer

Stimmhaltung der Sozialdemokraten

rechnen. Das „Berliner Tagblatt“ erklärt, daß die Sozialdemokraten im gegenwärtigen Augenblick an einem Sturz der Regierung kein Interesse haben.

Wenn alle Mittrauensanträge die Unterstützung aller Oppositionsparteien finden würden, so könnte die Regierungseinstellung mit Hilfe der Reichstagsopposition noch immer eine geringe Möglichkeit bestehen.

Deutschlands Verarmung und ihre Folgen.

Der bekannte deutsch-nationale Abgeordnete Geheimrat Dr. Eugenberg gewährte dem „Berliner Vertreter der „International News Service“ eine von diesem erbetene Unterredung, in der er, folgendes aussprach:

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands und deren Rückwirkung auf die Möglichkeit der Erfüllung der Dames-Versprechungen ist in der Presse eingehend behandelt worden. Insofern ich heute, das in meinen Teilen der Welt, besonders in die Vereinigten Staaten, dieser gegenwärtigen Sachlage im allgemeinen nicht die gebührende Beachtung geschenkt wird. Ich kann das bei der wirtschaftlichen Prosperität der Vereinigten Staaten verstehen. Insbesondere herrscht in Amerika die Auffassung, daß die im Dames-Gutachten erwähnte sogenannte „Entschuldung“ der deutschen Wirtschaft und des Deutschen Reiches durch eine gereifene Sühnung leicht und reichungslos erreicht werden ließe.

In dieser Auffassung liegt der Grund zu der falschen Vorstellung, die sich heute in Amerika von der Lage des deutschen Volkes verbreitet. Diese sogenannte „Entschuldung“, die durch die Inflationsherbeiführung sein soll, ist zweifellos eine der größten wirtschaftlichen Katastrophen, die jemals ein Volk betroffen hat. Das deutsche Volk hat sich nicht leisten können, die Zahl der von Expropriation lebenden Arbeiter betrug mit Angehörigen der Deutschnationalen, das heißt acht Prozent der deutschen Bevölkerung. Dazu kommen Millionen geistlicher Arbeiter und etwa fünfzig Millionen Angehörige des Handarbeiters. In den Reich durch große Sparmaßnahmen einen Notstand erlitten hatten, so daß die Arbeitslosigkeit mehr als ein Drittel des Lebens kräfte, so im Winter sogar fünfzigprozentig ein kleines Heim errichten konnten.

Sie alle, mit Angehörigen etwa 14 Millionen. Ich meine, das hat sich 70 Prozent der deutschen Bevölkerung, haben durch die Inflation und die sogenannte „Entschuldung“ Deutschlands ihr kleines Vermögen bis auf den letzten Pfennig verloren und leben außerdem bei der allgemeinen Verarmung Deutschlands ihre Arbeitsmöglichkeiten eingeschränkt auf dem Weltmarkt.

Das Essen der gestrigen Arbeiter und der Arbeiterinnen ist nicht zu übersehen. Der Handarbeiter, kommt er nach Beschäftigung nicht, verdient heute in Deutschland nur soviel, daß er sich die notwendige Nahrung kaufen kann; Kleider und Hausat zu erneuern ist vielen unmöglich. Eine 20 Millionen in den letzten Jahren in unserer Menschen ist als das Ergebnis dieser letzten festgestellten „Verbesserung“ der Lage Deutschlands infolge der „Entschuldung“.

Die wirtschaftliche Not ist auch der Grund für die im deutschen Volke herrschende erregte und gereizte Stimmung. So erklärt es sich, daß gewisse Verurteilungen des Auslandes, die vollständig ist so förmlich gemeint sein mögen, wie sie den Brüdern klagen, in der deutschen Presse eine starke Entzündung hervorgerufen haben. Die zahllosen Entschuldungen, die das deutsche Volk durch nichtgehaltene Versprechungen, durch falsche Wagnisse, niemals als Ziel der Politik gelegt hat, haben ein berechtigtes starkes Mißtrauen gegen alle Verurteilungen des Auslandes hervorgerufen.

Man verlangt in Deutschland mit Recht endlich Taten. Dies gilt augenblicklich von der nächsten in Genuß zu bringenden Frage der Währungsreform. Der Zustand, daß das deutsche Volk über gemeinsame Erpressung preisgegeben ist, erfordert neben der politischen Unfähigkeit Deutschlands auch die wirtschaftliche Unfähigkeit und damit die Wirtschaftskrise. Das deutsche Volk, besonders die vielen in die verschiedenen Millionen verurteilten, haben ein berechtigtes starkes Mißtrauen gegen alle Verurteilungen des Auslandes hervorgerufen.

Wenn diese Millionenmassen erst einmal klar erkennen, was es für sie bedeutet, das Zahlungen in Höhe von 2,5 Milliarden jährlich an das Ausland aus der deutschen Wirtschaft herauszuziehen werden sollen, ohne Rücksicht auf ihre Not und auf ihr Leben, so wird sich die Vorstellung bilden, daß das jede Hoffnung auf Besserung ihrer Lage vernichtet ist und nur eine Verzweiflungstat Rettung verpricht. So werden sie dem Volkswirtschaftsminister die Feme geschrieben. Diese Rettung ist schon heute erloschen und wird, wenn es so fortgeht, bei weit in die na. osten Kreise und die Arbeiter der Intelligenz übergriffen, die die bolschewistische Propaganda in allen Ländern den verurteilten Geboten in den Dienst ihrer Sache stellt.

Die Vereinigten Staaten haben hier eine große Verantwortung übernommen, was die Sozialdemokraten abhingen kann. In erster Linie wird man in Amerika erkennen müssen, daß Deutschland Zahlungen, wenn überhaupt, so niemals in Gold, sondern nur in Waren leisten kann, und daß diese Zahlungen heute durch die falschen Zahlungen gegen deutsche Einfuhr, die die Vereinigten Staaten aufzuerichten haben, unmöglich gemacht werden. Die Handelspolitik der Vereinigten Staaten sollte nicht überprüfbar. Man kann nicht mit der Hand im Feuer spielen und sie mit der anderen Hand abdecken.

